

es in den meisten Fällen um das Steuergesetz. Bei Abstimmungen der Kategorie Natur/Umwelt/Raumplanung/Energie war der Landtag in 55 Prozent der Fälle der Auslöser. Dabei ging es in der Regel um Projekte mit hohem Investitionsbedarf (Binnenkanal 1930, Lawena- und Saminawerk 1925 und 1947 und anderes) oder sonst weitreichenden Konsequenzen (Raumplanungsgesetz 2002).

Die Volksinitiative ist das dominierende Instrument in den Kategorien politische Rechte/Kontrollrechte und in sozialen Fragen. Die sieben Abstimmungen in der Kategorie politische Rechte/Kontrollrechte basierten allesamt auf Initiativen – so etwa die Initiativen zur Einführung eines Staatsvertragsreferendums 1989 und 1992 oder die Verfassungsabstimmungen von 2003 und die Vetoinitiative von 2012. Bei sozialen Vorlagen war in sechs von vierzehn Fällen eine Initiative der Auslöser, darunter vor allem Initiativen in jüngerer Zeit wie diejenige zum Schwangerschaftsabbruch oder zur staatlichen Pensionskasse. Bei den vier Behördenvorlagen ging es meistens um die Einführung neuer Säulen des Sozialstaates: Arbeitslosenversicherung 1931, AHV 1952, Pensionskasse 1988. Die Volksmehrheit war gegenüber einem Ausbau und der Erhaltung sozialstaatlicher Einrichtungen in der Regel positiv eingestellt, unterstützte also den Ausbau von Sozialwerken und verhinderte deren Abbau.

Das Referendum ist das dominante Instrument in den Kategorien Baurecht/Hochbau, Tiefbau/Verkehr und Kultur/Bildung. Bei Referenden zu Hochbauten ging es meist um entsprechende Finanzbeschlüsse, gegen die das Referendum ergriffen wurde: geschützte Operationsstelle 1977, Kunsthaus und Konferenzsaal 1980, Landtagsgebäude und Regierungsviertel 1993, Polizeigebäude 2004, Landesspital 2011. Ähnlich sieht es in der Kategorie Tiefbau/Verkehr aus, wo drei der fünf Abstimmungen aufgrund eines Referendums zustande kamen, die sich 1988 gegen die Sanierung des Strassentunnels Gnalp–Steg und 2010 gegen den Industriebuszubringer Schaan richteten, 2000 gegen die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe. Zu Kultur/Bildung gab es erst drei Volksabstimmungen, wobei zwei aufgrund von Referenden erfolgten: gegen die Finanzierung des Festivals «The Little Big One» 2002 sowie 2009 gegen die Reform der Sekundarstufe (SPES I).